

Art. 6 - Vorliegendes Gesetz wird am 1. Juli 2013 wirksam, mit Ausnahme von Artikel 4, der am Tag nach der Veröffentlichung des vorliegenden Gesetzes im *Belgischen Staatsblatt* in Kraft tritt.

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, dass es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 4. Dezember 2013

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Premierminister

E. DI RUPO

Mit dem Staatssiegel versehen:

Die Ministerin der Justiz

Frau A. TURTELBOOM

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C - 2014/00134]

1 DECEMBER 2013. — Koninklijk besluit tot uitvoering van de wet van 14 januari 2013 betreffende het burgerinitiatief in de zin van de Europese Verordening (EU) nr. 211/2011 van het Europees Parlement en de Raad van 16 februari 2011. — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 1 december 2013 tot uitvoering van de wet van 14 januari 2013 betreffende het burgerinitiatief in de zin van de Europese Verordening (EU) nr. 211/2011 van het Europees Parlement en de Raad van 16 februari 2011 (*Belgisch Staatsblad* van 11 december 2013).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale Dienst voor Duitse vertaling in Malmédy.

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C - 2014/00134]

1^{er} DECEMBRE 2013. — Arrêté royal exécutant la loi du 14 janvier 2013 relative à l'initiative citoyenne au sens du Règlement européen (UE) n° 211/2011 du Parlement européen et du Conseil du 16 février 2011. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté royal du 1^{er} décembre 2013 exécutant la loi du 14 janvier 2013 relative à l'initiative citoyenne au sens du Règlement européen (UE) n° 211/2011 du Parlement européen et du Conseil du 16 février 2011 (*Moniteur belge* du 11 décembre 2013).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C - 2014/00134]

1. DEZEMBER 2013 — Königlicher Erlass zur Ausführung des Gesetzes vom 14. Januar 2013 über die Bürgerinitiative im Sinne der Europäischen Verordnung (EU) Nr. 211/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Königlichen Erlasses vom 1. Dezember 2013 zur Ausführung des Gesetzes vom 14. Januar 2013 über die Bürgerinitiative im Sinne der Europäischen Verordnung (EU) Nr. 211/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmédy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

1. DEZEMBER 2013 — Königlicher Erlass zur Ausführung des Gesetzes vom 14. Januar 2013 über die Bürgerinitiative im Sinne der Europäischen Verordnung (EU) Nr. 211/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011

PHILIPPE, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund des Gesetzes vom 14. Januar 2013 über die Bürgerinitiative im Sinne der Europäischen Verordnung (EU) Nr. 211/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011, der Artikel 2 Absatz 2 und 3 Absatz 3;

Aufgrund der Stellungnahmen des Finanzinspektors vom 7. März und 4. April 2013;

Aufgrund des Einverständnisses Unseres Ministers des Haushalts vom 26. Juli 2013;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 54.078/2 des Staatsrates vom 2. Oktober 2013, abgegeben in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 1 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat;

Auf Vorschlag Unserer Ministerin des Innern

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

KAPITEL 1 — *Bedingungen und Verfahren für die Zulassung von Organen, die damit beauftragt sind, eine Stellungnahme abzugeben über die Konformität der Online-Sammelsysteme mit den technischen Spezifikationen, die in Ausführung von Artikel 6 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 211/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 über die Bürgerinitiative festgelegt worden sind*

Artikel 1 - Um von Uns durch einen im Ministerrat beratenen Erlass als Organe zugelassen zu werden, die damit beauftragt sind, eine Stellungnahme abzugeben über die Konformität der Online-Sammelsysteme mit den technischen Spezifikationen, die in Ausführung von Artikel 6 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 211/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 über die Bürgerinitiative festgelegt worden sind, müssen die in Artikel 2 des Gesetzes vom 14. Januar 2013 über die Bürgerinitiative im Sinne der Europäischen Verordnung (EU) Nr. 211/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 erwähnten Organe folgende Bedingungen erfüllen:

1. Inhaber eines ISO/IEC 27.006-Zertifikats sein, das von einem auf europäischer Ebene akkreditierten Organ ausgestellt worden ist,

2. über nützliche operative Erfahrung in der Anwendung der Norm ISO/IEC 27.001 verfügen, die auf die letzten fünf Jahre vor Einreichung der in Artikel 2 erwähnten Antragsakte zurückgeht.

Art. 2 - Ein Organ, das einen Antrag auf Erhalt der in Artikel 1 erwähnten Zulassung stellt, reicht seine Antragsakte per Einschreibebrief ein, der an die Generaldirektion Zivile Sicherheit des Föderalen Öffentlichen Dienstes Inneres zu richten ist.

In dieser Akte ist unter Angabe der Gründe durch Belege und Unterlagen deutlich nachzuweisen, dass das antragstellende Organ die in Artikel 1 aufgezählten Bedingungen erfüllt, um als Organ zugelassen zu werden, das damit beauftragt ist, eine Stellungnahme abzugeben über die Konformität der Online-Sammelsysteme mit den technischen Spezifikationen, die in Ausführung von Artikel 6 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 211/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 über die Bürgerinitiative festgelegt worden sind.

In der Antragsakte sind Informationen, die als vertraulich angesehen werden müssen oder sich auf technische oder kommerzielle Geheimnisse beziehen, gekennzeichnet.

Die Akte muss folgende Informationen enthalten:

1. Firma oder Namen des antragstellenden Organs,
2. seine Rechtsform,
3. seine Nationalität,
4. seinen Gesellschaftssitz,
5. Kontaktdaten seines Beauftragten, der in Bezug auf den Akteninhalt konsultiert werden kann,
6. Nummer und Bezeichnung des Finanzkontos des antragstellenden Organs, auf das Zahlungen vorgenommen werden müssen, und, wenn das Organ seinen Gesellschaftssitz außerhalb Belgiens hat, genaue und vollständige Angaben des Finanzkontos, auf das Zahlungen vorgenommen werden müssen,
7. Kenndaten und Nationalität eventueller Unterauftragnehmer und Personalmitglieder, die das antragstellende Organ für die Ausführung seines Auditauftrags einsetzen kann,
8. Namen, Vornamen, Eigenschaft und Unterschrift der Person, die dazu ermächtigt ist, im Namen des antragstellenden Organs den Antrag zu stellen (Unterlagen, mit denen diese Ermächtigung nachgewiesen wird, müssen der Akte beigelegt werden),
9. Datum, an dem die in Nr. 8 erwähnte Person das Antragsschreiben unterzeichnet hat,
10. vollständige Nummer der Eintragung des antragstellenden Organs in der Zentralen Datenbank der Unternehmen, wenn das Organ seinen Sitz in Belgien hat.

Die Antragsakte muss bei der in Absatz 1 erwähnten Generaldirektion nach Wahl des antragstellenden Organs in Deutsch, Französisch oder Niederländisch eingereicht werden.

Art. 3 - Erfüllt die Antragsakte alle in den Artikeln 1 und 2 erwähnten Bedingungen, wird das antragstellende Organ durch einen im Ministerrat beratenen Erlass von Uns zugelassen als Organ, das damit beauftragt ist, eine Stellungnahme abzugeben über die Konformität der Online-Sammelsysteme mit den technischen Spezifikationen, die in Ausführung von Artikel 6 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 211/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 über die Bürgerinitiative festgelegt worden sind.

Erfüllt die Antragsakte nicht alle in den Artikeln 1 und 2 aufgezählten Bedingungen, wird die Zulassung des antragstellenden Organs durch einen im Ministerrat beratenen Erlass von Uns abgelehnt.

Art. 4 - Wenn die Generaldirektion Zivile Sicherheit von Organisatoren einer Bürgerinitiative ersucht wird, in Ausführung von Artikel 2 des Gesetzes vom 14. Januar 2013 über die Bürgerinitiative im Sinne der Europäischen Verordnung (EU) Nr. 211/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 die Konformität ihres Online-Sammelsystems zu prüfen, übermitteln die in Artikel 2 des vorerwähnten Gesetzes vom 14. Januar 2013 erwähnten Organe, die in Anwendung von Artikel 1 zugelassen worden sind, dieser Direktion auf elektronischem Weg ein Festpreisangebot für das Audit eines Online-Sammelsystems, und zwar binnen drei Tagen ab der Auditanfrage, die den Organen zu diesem Zweck von der Direktion übermittelt worden ist; dieses Preisangebot wird per Post bestätigt.

Das Organ, das das günstigste Festpreisangebot einreicht, wird damit beauftragt, die in Artikel 2 des vorerwähnten Gesetzes vom 14. Januar 2013 erwähnte Stellungnahme abzugeben. Der Auditauftrag wird per Einschreibebrief bestätigt.

Diese Organe übermitteln der in Absatz 1 erwähnten Generaldirektion ihre Auditberichte auf elektronischem Weg und per Einschreibebrief binnen zehn Tagen nach Übermittlung des Auditbestellscheins, der von einem ordnungsgemäß ermächtigten Beamten der vorerwähnten Generaldirektion unterzeichnet worden ist.

KAPITEL 2 — *Stichprobenverfahren zur Überprüfung der Gültigkeit von Unterstützungsbekundungen für eine geplante Bürgerinitiative*

Art. 5 - Die in Artikel 3 Absatz 2 Nr. 2 und 3 des Gesetzes vom 14. Januar 2013 über die Bürgerinitiative im Sinne der Europäischen Verordnung (EU) Nr. 211/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 erwähnten Überprüfungen, mit denen geprüft werden soll, ob Unterzeichner der Unterstützungsbekundungen das Alter haben, um bei den Wahlen des Europäischen Parlaments zu wählen, ob sie Belgier oder Angehörige eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union sind und ob sie mit Hauptwohntort in den Bevölkerungsregistern einer belgischen Gemeinde oder aber in den Registern einer belgischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung im Ausland eingetragen sind, werden anhand repräsentativer Stichproben durchgeführt, die unter Anwendung folgender Parameter festgelegt werden:

- Gesamtzahl Bekundungen,
- Zuverlässigkeit: 95 Prozent,
- Fehlermarge: 3 Prozent,
- Höchstsatz ungültiger Unterstützungsbekundungen: 15 Prozent.

Art. 6 - Kommt dieselbe Unterstützungsbekundung zwei- oder mehrfach vor, wird für die Festlegung der Zahl der Unterstützungsbekundungen für eine geplante Bürgerinitiative nur eine dieser Unterstützungsbekundungen berücksichtigt.

KAPITEL 3 — *Schlussbestimmung*

Art. 7 - Unser Minister des Innern ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.
Gegeben zu Brüssel, den 1. Dezember 2013

PHILIPPE

Von Königs wegen:
Die Ministerin des Innern
Frau J. MILQUET

FEDERALE OVERHEIDSDIENST FINANCIEN

[C - 2014/03105]

17 JUNI 2013. — Wet houdende fiscale en financiële bepalingen en bepalingen betreffende de duurzame ontwikkeling. — Erratum

In het *Belgisch Staatsblad* van 28 juni 2013, akte nr. 2013/03202, blz. 41038, moeten de volgende wijzigingen worden aangebracht:

Onder nota : *Stukken van de Senaat*, de volgende woorden toevoegen "Nr. 4 : Beslissing om niet te amenderen." en "Handelingen van de Senaat : 6 juni 2013."

SERVICE PUBLIC FEDERAL FINANCES

[C - 2014/03105]

17 JUIN 2013. — Loi portant des dispositions fiscales et financières et des dispositions relatives au développement durable. — Erratum

Dans le *Moniteur belge* du 28 juin 2013, acte n° 2013/03202, page 41038, il y a lieu d'apporter les corrections suivantes :

Sous note : *Documents du Sénat*, ajouter les mots "N° 4 : Décision de ne pas amender." et "Annales du Sénat : 6 juin 2013."

FEDERALE OVERHEIDSDIENST FINANCIEN

[C - 2014/03106]

17 JUNI 2013. — Wet houdende betere inning van penale boeten
Erratum

In het *Belgisch Staatsblad* van 28 juni 2013, akte nr. 2013/03203, blz. 41014, moeten de volgende wijzigingen worden aangebracht:

Onder nota : *Stukken van de Senaat*, de volgende woorden toevoegen "Nr. 3 : Tekst aangenomen in plenaire vergadering en aan de Koning ter bekrachtiging voorgelegd." en "Handelingen van de Senaat : 6 juni 2013."

SERVICE PUBLIC FEDERAL FINANCES

[C - 2014/03106]

17 JUIN 2013. — Loi portant une meilleure perception d'amendes pénales. — Erratum

Dans le *Moniteur belge* du 28 juin 2013, acte n° 2013/03203, page 41014, il y a lieu d'apporter les corrections suivantes :

Sous note : *Documents du Sénat*, ajouter les mots "N° 3 : Texte adopté en séance plénière et soumis à la sanction royale." et "Annales du Sénat : 6 juin 2013."

FEDERALE OVERHEIDSDIENST FINANCIEN

[C - 2014/03107]

11 JULI 2013. — Wet tot wijziging van het systeem van fiscale regularisatie en tot invoering van een sociale regularisatie. — Erratum

In het *Belgisch Staatsblad* van 12 juli 2013, 3e uitgave, akte nr. 2013/03231, blz. 43900, moeten de volgende wijzigingen worden aangebracht:

Onder nota : *Stukken van de Senaat*, de volgende woorden toevoegen "Nr. 3 : Beslissing om niet te amenderen." en "Handelingen van de Senaat : 4 juli 2013."

SERVICE PUBLIC FEDERAL FINANCES

[C - 2014/03107]

11 JUILLET 2013. — Loi modifiant le régime de régularisation fiscale et instaurant une régularisation sociale. — Erratum

Dans le *Moniteur belge* du 12 juillet 2013, 3^e édition, acte n° 2013/03231, page 43900, il y a lieu d'apporter les corrections suivantes :

Sous note : *Documents du Sénat*, ajouter les mots "N° 3 : Décision de ne pas amender." et "Annales du Sénat : 4 juillet 2013."